

Reeh, Klaus

Working Paper

Einige europapolitische Überlegungen zur Weiterentwicklung der Dateninfrastruktur für die Sozial- und Wirtschaftswissenschaften

RatSWD Working Paper, No. 54

Provided in Cooperation with:

German Data Forum (RatSWD)

Suggested Citation: Reeh, Klaus (2009) : Einige europapolitische Überlegungen zur Weiterentwicklung der Dateninfrastruktur für die Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, RatSWD Working Paper, No. 54, Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/186170>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Rat für Sozial- und
Wirtschaftsdaten (RatSWD)

www.ratswd.de

RatSWD

Working Paper Series

Working Paper

No. 54

Einige europapolitische Überlegungen
zur Weiterentwicklung der
Dateninfrastruktur für die
Sozial- und Wirtschaftswissenschaften

Klaus Reeh

Januar 2009

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Working Paper Series des Rates für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD)

Die *RatSWD Working Papers* Reihe startete Ende 2007. Seit 2009 werden in dieser Publikationsreihe nur noch konzeptionelle und historische Arbeiten, die sich mit der Gestaltung der statistischen Infrastruktur und der Forschungsinfrastruktur in den Sozial-, Verhaltens- und Wirtschaftswissenschaften beschäftigen, publiziert. Dies sind insbesondere Papiere zur Gestaltung der Amtlichen Statistik, der Ressortforschung und der akademisch getragenen Forschungsinfrastruktur sowie Beiträge, die Arbeit des RatSWD selbst betreffend. Auch Papiere, die sich auf die oben genannten Bereiche außerhalb Deutschlands und auf supranationale Aspekte beziehen, sind besonders willkommen.

RatSWD Working Papers sind nicht-exklusiv, d. h. einer Veröffentlichung an anderen Orten steht nichts im Wege. Alle Arbeiten können und sollen auch in fachlich, institutionell und örtlich spezialisierten Reihen erscheinen. Die *RatSWD Working Papers* können nicht über den Buchhandel, sondern nur online über den RatSWD bezogen werden.

Um nicht deutsch sprechenden Nutzer/innen die Arbeit mit der neuen Reihe zu erleichtern, sind auf den englischen Internetseiten der *RatSWD Working Papers* nur die englischsprachigen Papers zu finden, auf den deutschen Seiten werden alle Nummern der Reihe chronologisch geordnet aufgelistet.

Einige ursprünglich in der *RatSWD Working Papers* Reihe erschienen empirischen Forschungsarbeiten, sind ab 2009 in der RatSWD Research Notes Reihe zu finden.

Die Inhalte der *RatSWD Working Papers* stellen ausdrücklich die Meinung der jeweiligen Autor/innen dar und nicht die des RatSWD.

Herausgeber der RatSWD Working Paper Series:

Vorsitzender des RatSWD (2007/ 2008 Heike Solga; 2009 Gert G. Wagner)

Geschäftsführer des RatSWD (Denis Huschka)

Einige europapolitische Überlegungen zur Weiterentwicklung der Dateninfrastruktur für die Sozial- und Wirtschaftswissenschaften

Expertise für den Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten

von Dr. Klaus Reeh¹

Abstract

Ziel der Expertise ist es, Wege aufzeigen, wie den Anliegen der wissenschaftlichen Nutzern von Wirtschafts- und Sozialdaten auf europäischer Ebene besser Rechnung getragen werden kann, ohne dass dadurch die legitimen und prioritären Ansprüche der europäischen Politik vernachlässigt werden müssen.

¹ Dr. Klaus Reeh, Berater des Generaldirektors von EUROSTAT und Mitglied im Statistischen Beirat der Bundesrepublik Deutschland.

1. Der Hintergrund

Umfang und Art der Daten, die der Wissenschaft zur Verfügung gestellt werden können, gehen in zunehmendem Maße auf gezielte Initiativen und allgemeine Entwicklungen auf europäischer Ebene zurück. Angestoßen werden diese Initiativen und Entwicklungen primär durch Ansprüche der (europäischen) Politik an die amtliche Statistik.

Einigen Anliegen der Wissenschaft wird aufgrund eines Gleichklangs der Interessen auch durch die Ansprüche der europäischen Politik Rechnung getragen:

- Die Vergleichbarkeit über Ländergrenzen ist sowohl für die Politik als auch für die Wissenschaft von zentraler Bedeutung.
- Sowohl die Politik als auch die Wissenschaft profitieren von einer zwischen den Mitgliedsstaaten abgestimmte Programmplanung, liegen doch nur so entsprechende Statistiken für alle Mitgliedstaaten vor.

Andere Anliegen der Wissenschaft stehen zumindest teilweise im Widerspruch zu den (legitimen) Ansprüchen der europäischen Politik oder haben für Wissenschaft und Politik deutlich unterschiedliche Prioritäten:

- Genauigkeit ist für die Wissenschaft üblicherweise wichtiger als Zeitnähe; das Umgekehrte gilt für die Politik. Während die Politik unter oft sehr kurzfristigem Entscheidungszwang steht, besteht ein solcher Zeitdruck nur in Ausnahmefällen für die Wissenschaft.
- Methodische Stabilität in der Zeit ist für die Wissenschaft oft wichtiger als aktuelle, politisch-institutionell geprägte Adäquanz; das Umgekehrte gilt für die Politik. Während die Politik üblicherweise vom aktuellen Rand her zu argumentieren hat, schaut die Wissenschaft auf längere Zeiträume.
- Komplexe statistische Verfahren sind für die Wissenschaft kein Problem; sie werden von ihr oft sogar eingefordert. Für die Politik gibt es jedoch eindeutig Grenzen der Komplexität, da die Vermittelbarkeit unter der Komplexität leiden kann.
- Die Wissenschaft ist immer auf der Suche nach neuen Begrifflichkeiten, die es dann auch statistisch zu beschreiben gilt, während die Politik eher mit etablierten Begrifflichkeiten arbeiten muss. Konzeptionelle Innovation ist für die Wissenschaft eine Notwendigkeit, der Politik sind diesbezüglich jedoch Grenzen gesetzt.

Schließlich gibt es Anliegen der Wissenschaft, deren Erfüllung der Erfüllung von

Ansprüchen der europäischen Politik nicht im Wege stehen, die aber oft vernachlässigt werden, nicht zuletzt auch weil sie nicht mit dem notwendigen Nachdruck von der Wissenschaft in die Diskussion eingebracht wurden und werden.

- Der Zugang zu (anonymisierten) Mikrodaten ist für die Wissenschaft immer wichtiger geworden. Das Verhalten von einzelnen Akteuren oder Gruppen von Akteuren ist auf zunehmendes Interesse der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Forschung gestoßen, nicht zuletzt um die allzu oft noch recht einfachen Annahmen gerade der Wirtschaftswissenschaft zu verbessern und um die Kluft zwischen Mikro- und Makroanalyse zu überwinden. während deren Nutzung auch durch die europäische Politik (oder die europäische Verwaltung) eher von geringer Bedeutung, teilweise sogar ausgeschlossen ist.

Auch wenn es recht oft einen Gleichklang der Interessen und Ansprüche von Politik und Wissenschaft an die (europäische) Statistik gibt, so ist doch stets darauf hinzuweisen, dass - um auf die Sprache der Soziologie zurückzugreifen - das "System Wissenschaft" und das "System Politik" unterschiedlichen Logiken und Prinzipien folgen. Die (empirische) Wissenschaft ist bestrebt, sich zumindest zu entnationalisieren, wenn nicht sogar so weit wie möglich zu globalisieren und dabei eine Politisierung zu vermeiden. Die Politik muss hingegen weitgehend national und per definitionem natürlich auch politisch bleiben, auch wenn sie sich nicht zuletzt mit Hilfe von statistisch belegbaren Sachzwängen versucht zu entpolitisieren. Des Weiteren ist die (empirische) Wissenschaft stets um Wertfreiheit bemüht; die Politik hingegen kommt um Werturteile nicht nur nicht umhin, Werturteile sind ihr Geschäft.

Die amtliche Statistik, die ja zu beiden Systemen gehört, läuft damit leicht Gefahr, zwischen den Stühlen zu sitzen und es am Ende keinem Recht zu machen. Erschwerend kommt gerade auf europäischer Ebene noch hinzu, dass die amtliche Statistik national üblicherweise einen viel allgemeineren Auftrag hat und viel freier in der Wahrnehmung dieses Auftrags ist als dies auf europäischer Ebene aufgrund der Rechtslage der Fall ist. Deshalb wäre es wünschenswert, wenn sich nicht zuletzt die Wissenschaftspolitik dieser Problematik widmet und sich für eine Erweiterung des Auftrags der europäischen Statistik einsetzt, der es der Statistik ermöglicht, auch für Bereiche Daten auf europäischer Ebene bereitzustellen ohne durch eine *politische* EU Kompetenz legitimiert zu sein.

2. Einige konkrete Problembereiche

Es gibt nun eine Reihe konkreter Hindernisse, die sowohl einer umfänglichen und adäquaten Bereitstellung als auch einer sinnvollen Nutzung von europäischen Wirtschafts- und Sozialdaten durch die Wissenschaft im Wege stehen. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit seien einige Hindernisse hier stichwortartig angeführt, wobei aus der Reihenfolge in keiner Weise auf ihre Bedeutung geschlossen werden kann. Zuerst wird es um mehr technische, danach um mehr organisatorische Hindernisse gehen.

- Ziel der europäischen Statistikpolitik ist es, die amtliche Statistik so zu organisieren, dass die für die Durchführung europäischer Politiken (für die adäquate Ausübung europäischer Kompetenzen) notwendigen Informationen zur Verfügung stehen. Folglich kann die europäische Statistik nur die Bereiche abdecken, für die es eine europäische politische Kompetenz gibt. Damit kann sie also kein umfassendes sachlich angemessenes europäisches Statistiksistem sein; ein Anspruch übrigens, den die europäische amtliche Statistik auch nie erhoben hat. Diese Unvollständigkeit wird immer wieder von der Wissenschaft beklagt, ist aber auf europäischer Ebene nur schwer zu beheben, da der Europäischen Kommission keine umfassende Statistik-Kompetenz zukommt und sie folglich nicht über ein entsprechendes Initiativrecht verfügt, um ein allumfassendes europäisches Statistiksistem aufzubauen.
- Im Mittelpunkt der europäischen Statistikpolitik steht die Harmonisierung amtlicher Statistiken. Mit jeder Harmonisierung sind jedoch zumindest in einigen Mitgliedstaaten zwangsläufig Diskontinuitäten verbunden. Die zeitliche Kontinuität wird zugunsten einer verbesserten räumlichen Vergleichbarkeit geopfert. Doch gerade für die Wissenschaft ist die Kontinuität in der Zeit besonders wichtig (Zeitreihen-Ökonometrie). Deshalb drängt die Wissenschaft (üblicherweise mehr als die Politik) auf Rückrechnungen von harmonisierten Statistiken², die sehr kostenintensiv sind und deshalb nicht einfach so nebenbei ohne Auftrag gemacht werden können.
- Andererseits stößt die Harmonisierung einzelner Statistiken immer an die unterschiedlichsten Grenzen, die sich nicht zuletzt aus der Einbettung dieser Statistiken in die jeweiligen nationalen Gesamtsysteme und deren grundsätzlicher Orientierung ergeben. Selbst wenn die Politik einzelne Harmonisierungsergebnisse für akzeptabel hält, stoßen sie bei der Wissenschaft aber nur allzu oft auf Kritik. Denn für eine „pragmatische Politik“ reicht für eine Konvergenz der Wahrnehmung von

2 Ähnlich gelagert ist die Behandlung von Gebietsstandsänderungen. Die Wissenschaft drängt auch hier darauf, Rückrechnungen vorzunehmen, bzw. den alten Gebietsstand noch weiter zu führen.

Problemlagen oft eine so genannte „Outputharmonisierung“ während eine „rigorose Wissenschaft“ nur allzu gerne glaubt auf einer „Inputharmonisierung“ bestehen zu müssen, um zu abgesicherten Erkenntnissen kommen zu können. Die inhaltliche Überlegenheit der „Inputharmonisierung“ ist doch nicht so evident und verlangt aufwendige Vergleiche, während die geringeren Kosten eindeutig für die „Outputharmonisierung“ sprechen.

- Ein technisches (aber auch politisches) Problem ist die Inkohärenz von Daten, die sich auf Phänomene mit grenzüberschreitendem Charakter beziehen, etwa Ströme zwischen Ländern oder grenzüberschreitend gehaltene Bestände (z.B. Rechte). Zumal bei Stichprobenerhebungen aufgrund des Stichprobenfehlers, aber auch bei Vollerhebungen kann aus einer Vielzahl von Gründen nicht erwartet werden, dass etwa die Erfassung ein und desselben Stroms im Eingangs- und im Ausgangsland zu exakt identischen Ergebnissen führt. Gleiches gilt für die Zuordnung von Beständen. Dieses Problem ist für die Politik zwar lästig, doch wird es im politischen Entscheidungsprozess als nicht gravierend angesehen, während es für die Wissenschaft Erkenntnismöglichkeiten und Aussagegenauigkeiten einschränkt.
- Die zunehmende Komplexität der amtlichen Statistik durch methodologische und definitorische Vernetzung von Fachstatistiken ist auf der einen Seite eine Notwendigkeit, um etwa das System der Gesamtrechnungen ausbauen zu können. Denn gerade die Gesamtrechnungen sind für die Politik, insbesondere für die europäische Politik von Interesse. Auf der anderen Seite behindert es die gezielte Verfolgung von spezifischen wissenschaftlichen Fragestellungen, weil es zu konzeptuellen Festlegungen kommt, die durch sachgebietsfremde Überlegungen bestimmt sind. Mehr noch, durch die Etablierung einer allgegenwärtigen statistischen „perspective unique“ wird einer „pensée unique“ Vorschub geleistet. Für die europäische Politik mag dies oft sogar hilfreich sein, als dadurch die Entscheidungsfindung oft erleichtert wird, doch damit scheint auch die gerade für die Wissenschaft wichtige Sicherstellung einer Vielfalt von durch die amtliche Statistik angebotenen Wahrnehmungsmustern gefährdet.
- Ein weiteres Problem für die Wissenschaft ist die prinzipiell mangelnde Flexibilität der amtlichen Statistik aufgrund ihrer zunehmenden Verrechtlichung, die nicht zuletzt eine Folge ihrer Europäisierung ist. Vieles muss im europäischen Rahmen gesetzlich festgelegt werden, das national nie festgelegt worden wäre. Man denke etwa an die detaillierten Vorschriften zur Berechnung des HVPI (Harmonisierter

Verbraucherpreisindex). Auch die Berechnung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung wäre ohne ihre operative politische Bedeutung auf europäischer Ebene nie gesetzlich geregelt worden. Dadurch werden die Ansprüche an die europäische Statistik weitgehend festgelegt und die Möglichkeiten zu schnellem und pragmatischem Handeln für die amtliche Statistik erheblich eingeschränkt mit der Folge, dass neue, für die Wissenschaft besonders interessante Phänomene nur unzureichend und relativ spät statistisch beleuchtet werden.

- In letzter Zeit besteht die Politik verstärkt auf einer Verringerung von (den im Großen und Ganzen doch relativ geringen) Auskunftspflichten und drängt in diesem Zusammenhang auf eine verstärkte Nutzung administrativer Quellen, um eine „Belastung“ von Auskunftspflichtigen zu vermindern. Dadurch kann es zu beträchtlichen Veränderungen (oft auch Einschränkungen) in der Datenlage gerade im europäischen Kontext kommen, sind doch administrative Strukturen innerhalb der EU teilweise sehr verschieden. Dies kann wiederum eine Einschränkung der Erkenntnismöglichkeiten der Wissenschaft nach sich ziehen. Besonders problematisch ist für die (empirische) Wissenschaft in diesem Zusammenhang die partielle Substitution von Beobachtungen durch Schätzungen. Dabei ist jedoch zu bedenken, dass es die (methodologische) Wissenschaft selbst ist, die diese Schätzverfahren entwickelt. Folglich geht es hier nicht nur um einen Konflikt zwischen Politik und Wissenschaft, sondern auch um einen Interessenkonflikt zwischen Empirikern und Theoretikern, der möglicherweise durch die Politik verschärft wird.
- Die Politik fordert natürlich auch ganz allgemein eine Verringerung der Kosten, die durch die amtliche Statistik verursacht werden, und dies auch mit Nachdruck auf Europäischer Ebene. Neben der Technologie leistet auch hier die (methodologische) Wissenschaft der amtlichen Statistik wertvolle Hilfe bei der Kostensenkung. Doch auch hier lauert ein Interessenkonflikt zwischen Empirikern und Theoretikern. Die solide, adäquate kontrollierte, zielgenau ausgerichtete und regelmäßig durchgeführte Stichprobenerhebung ist nach wie vor die beliebteste Quelle für die (empirische) Wissenschaft, doch diese Erhebungen sind sehr teuer und geraten deshalb immer mehr in die politische Kritik, die durch die Anliegen des Datenschutzes noch verstärkt werden. Hier wird sich die Wissenschaft wohl damit abfinden müssen, dass in der amtlichen Statistik die Bedeutung der klassischen Stichprobenerhebung ab- und die von administrativen Quellen zunehmen wird.
- Die operative Nutzung der amtlichen Statistik für politische Zwecke ist auf

europäischer Ebene in den letzten Jahren ausgebaut worden. Dadurch haben die Zweifel nicht nur aber auch der Wissenschaft an der Glaubwürdigkeit der europäischen Statistik zugenommen. Es scheint ein weit verbreiteter Glaube (und wohl auch eine Grundannahmen der Neuen Politischen Ökonomie) zu sein, dass amtliche Statistiker ihre Resultate, wenn in nationalem Interesse nötig, an politischen Wunschvorstellungen ausrichten. Dabei wird jedoch von der Wissenschaft nur allzu oft übersehen, dass hier ein Gleichklang der Interessen gerade von europäischer Politik und Wissenschaft besteht, dass gerade die Europäisierung der Statistik auf der Grundlage vertrauensvoller Zusammenarbeit zwischen den national statistischen Ämtern und Eurostat zu einer Entpolitisierung der statistischen Prozesse von der Konzeptualisierung über die Datenerhebung und der statistischen Aufbereitung bis hin zur Verbreitung geführt hat

- Überhaupt scheint es die Wissenschaft schwer zu haben, mit der Rolle der Politik in der amtlichen Statistik umzugehen. Wenn es um statistische Methoden geht, so ist das Gewicht der Wissenschaft selbstverständlich recht groß; der Rat der Wissenschaft wird sogar gesucht. Doch wenn es um das statistische Programm geht, so fällt es der Wissenschaft schwer, das Primat der Politik über die Statistik anzuerkennen. Vieles ist wünschenswert zu wissen, aber nicht alles kann allein aufgrund beschränkter Mittel auch erhoben werden (ganz abgesehen davon, dass einiges auch nicht amtlicherseits in Erfahrung gebracht werden sollte). Aufwand und Ertrag, Kosten und Nutzen müssen abgewogen werden, in einem ersten Schritt durch die amtliche Statistik im Rahmen ihres gesetzlichen Auftrags, aber letztendlich stets auch durch die Politik als Gesetzgeber und Haushaltsautorität. Es genügt also nicht, wenn sich die Wissenschaft darum bemüht, die amtliche Statistik von ihren Anliegen zu überzeugen; sie muss sich auch um die Zustimmung der Politik bemühen. Im europäischen Kontext sind solche Bemühen, da zweistufig, jedoch doppelt aufwendig und dazu scheint die Wissenschaft nicht sonderlich gut aufgestellt zu sein. Denn es muss auf nationaler und auf europäischer Ebene Überzeugungsarbeit bei der amtlichen Statistik und der Politik geleistet werden.
- Schließlich ist noch auf ein letztes, gerade im europäischen Kontext besonders hohes Hindernis hinzuweisen: der zentrale (europäische) Zugang zu Mikrodaten. Die europäische Gesetzgebung verlangt üblicherweise von den Mitgliedsstaaten nur die Lieferung von Tabellen, nicht jedoch die Lieferung von Einzeldaten. Deshalb liegen überhaupt nur für eine beschränkte Zahl von Statistiken Mikrodaten auf europäischer

Ebene vor. Selbstverständlich sind diese Daten der Wissenschaft aufgrund der Verordnung 831/2002 der Kommission zugänglich. Die Zugangsmodalitäten sind zwar in den letzten Jahren nutzerfreundlicher geworden, aber weitere Verbesserungen werden aufgrund der bevorstehenden Änderung der Rechtsgrundlage in absehbarer Zeit nur schwer zu erreichen sein. Eher ist sogar mit einer Verlängerung der Vorlaufzeiten bis zur Gewährung des Datenzugangs zu rechnen, da eine parlamentarische Einsichtnahme in das Genehmigungsverfahren eingebaut wurde.

3. Mögliche Lösungen

Für einige der hier aufgezeigten Schwierigkeiten gibt es keine einfachen Lösungen (Grenzen und Konsequenzen der Harmonisierung, Gebietsstandsänderungen), vielmehr wird die Wissenschaft mit ihnen schlicht und einfach leben müssen. Lösungen für die Überwindung anderer Hindernisse werden sich sicherlich finden lassen, aber sie werden Zeit und vor allem Haushaltsmittel benötigen, aber ggf. auch eine Änderung der rechtlichen Rahmenbedingungen erfordern. Doch gefunden werden können diese Lösungen nur auf der Grundlage eines Dialogs der Wissenschaft nicht nur mit der amtlichen Statistik, sondern auch mit der Politik.

3.1 Rein wissenschaftspolitische Empfehlungen

Verbesserungsfähig ist sicherlich aus der Sicht der Wissenschaft die allgemeine Wissenschaftspolitik auf europäischer Ebene im Hinblick auf die Statistik. Für die europäische Wissenschaftspolitik anders als für die bundesdeutsche Wissenschaftspolitik zumindest der letzten Jahre ist die Bereitstellung von wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Daten kein sonderlich wichtiges Thema. Wenn überhaupt wird vor allem die methodologische Forschung im Bereich der Statistik gefördert. Dafür gibt es sicherlich gute Gründe, doch das führt dazu, dass Eurostat als zentrale Instanz zur Bereitstellung von europäischen Daten nicht sonderlich aktiv ist, es wohl auch nicht sein kann, ist doch die statistische Versorgung der (europäischen) Politik und der Öffentlichkeit das zentrale Anliegen der europäischen Statistik, genauer der amtlichen Statistik auf der europäischen Ebene. Es gibt (noch) keine Instanz, etwa den Forschungsdatenzentren des Bundes und der Länder vergleichbar, die sich gezielt um die Belange der Wissenschaft kümmert. Desgleichen gibt es auch (noch) keine Infrastruktur, die alle relevanten Datenhalter verbindet, um auf verschiedenen Wegen und von

verschiedenen Orten europäische Daten nutzen zu können.

- Erste Empfehlung: Die deutsche Wissenschaftspolitik (BMBF) sollte die Anliegen der wissenschaftlichen Nutzer von Wirtschafts- und Sozialdaten auf europäischer Ebene aktiver vertreten. Wenn es im nationalen Rahmen richtig ist, der Wissenschaft einen besseren Zugang zu vorhandenen, aber bisher für sie schwer zugänglichen oder nicht nutzbaren Daten zu ermöglichen, dann gilt dies auch im europäischen Rahmen. Dabei sollte sie den RatSWD auffordern, Empfehlungen zur Weiterentwicklung auch der europäischen Dateninfrastruktur (nicht nur Datenzugang sondern auch Datenart und -umfang) zu erarbeiten.
- Zweite Empfehlung: Die deutsche Wissenschaftspolitik (BMBF) und die deutsche Amtstatistik sollte sich bei der bevorstehenden Novellierung der Verordnung 831/2002 der Kommission für eine Vereinfachung des Zugangs und eine größere Vielfalt bei den Zugangsformen einsetzen. Der RatSWD könnte in diesem Zusammenhang zu einer Stellungnahme im Zuge des europäischen Novellierungsverfahrens aufgefordert werden.
- Dritte Empfehlung: Im Sommer 2009 wird der Europäische Beratenden Ausschuss für statistische Informationen (ESAC) als Nachfolgeausschuss des Europäischen Beratenden Ausschusses für statistische Informationen im Wirtschafts- und Sozialbereich (CEIES) seine Arbeit aufnehmen. Bei den 24 Mitgliedern dieses Gremiums, dem auch Vertreter der Wissenschaft angehören, sollte die deutsche Wissenschaft (etwa über den RatSWD) eine Verbesserung des Datenzugangs und Datenumfangs auf europäische Ebene einfordern. Mehr noch, die deutsche Wissenschaft könnte dieses Gremium drängen, Impulse für eine verbesserte Zusammenarbeit von amtlicher Statistik und (sowohl der empirischen als auch der methodologischen) Wissenschaft zu geben.
- Vierte Empfehlung: Überhaupt sollte die Wissenschaft im Rahmen der neuen „Governance Struktur“ der europäischen Statistik, die in den letzten Monaten Gestalt angenommen hat, gezielt die vielfältigen Möglichkeiten nutzen, um ihre Vorstellungen vorzutragen. Diese Bemühungen werden an Effektivität gewinnen, wenn diese Vorstellungen von anderen Mitgliedsstaaten geteilt werden. Dafür wäre es sinnvoll, wenn der RatSWD engere Kontakte zu Nutzergremien in anderen Mitgliedsstaaten knüpfte.
- Fünfte Empfehlung: Schließlich könnte es hilfreich sein, wenn sich die Wissenschaft mit den sozialen und politischen Prozessen auseinandersetzt, die den statistischen

Informationsbedarf generieren, wenn sie versuchte, diese Prozesse zu analysieren. Das erleichterte es der Wissenschaft sicherlich auch, an diesen Prozessen zu partizipieren und sie so zu beeinflussen, dass ihren Anliegen Rechnung getragen wird. Denn diese Prozesse sind in den letzten Jahren deutlich komplexer und mit den Neuen Medien auch partizipativer geworden, nicht zuletzt auf europäischer Ebene.

3.2 Praktische Schritte

Auch wenn politische Initiativen zur Verbesserung der gesetzlichen Rahmenbedingungen wichtig sind, so können auch unter den aktuellen Bedingungen durchaus wichtige Verbesserungen eingeleitet werden.

- Sechste Empfehlung: Die deutsche Amtstatistik sollte mit denjenigen nationalen Statistischen Ämtern, die auch den Zugang der Wissenschaft zu europäischen Daten verbessern wollen, eine technische Kooperation eingehen und sogar dazu als Sponsor (ggf. in dem dafür geschaffenen europäischen Rahmen) die Initiative ergreifen. Insbesondere sollte in diesem Zusammenhang überlegt werden, ob im Rahmen einer solchen Kooperation das Datenangebot über europäisierte Mikrodaten (auf der Basis von EU-Rechtsvorschriften) hinausgehen sollte. Denn für die empirische Wissenschaft sind auch Daten, die aufgrund einer fehlenden Gemeinschaftskompetenz nicht harmonisiert sind und nicht von Eurostat betreut werden, von Interesse.
- Siebente Empfehlung: Gleichzeitig sollte die deutsche Amtstatistik darauf hinwirken drängen, sich verstärkt um eine Verbesserung des Zugangs und eine Erweiterung des Umfangs von Wirtschafts- und Sozialdaten auf europäischer Ebene zu bemühen. Natürlich ist die Europäische Kommission (Eurostat) in der Ausübung ihres Initiativrechts auf diejenigen Statistikbereiche beschränkt, die sich auf Politikfelder mit einer Gemeinschaftskompetenz beziehen. Doch wenn es, wie in diesem Fall um die Schaffung einer Infrastruktur geht, die, einmal geschaffen, sowohl für europäisierte als auch nicht europäisierte Statistik genutzt wird, sollte es der Europäischen Kommission (Eurostat) möglich sein, zumindest eine Katalysator-Funktion auszuüben.

Vielleicht muss man dabei auch neue Wege beschreiten und die Inhalte, aber auch die Zugangs- und Kontrollmöglichkeiten von der Infrastruktur trennen. Dann könnte die Infrastruktur sowohl zur Abwicklung des Zugangs zu europäischen Mikrodaten durch Eurostat als auch zur Abwicklung eines europaweiten Zugangs zu nationalen Mikrodaten unter der wie auch immer gestalteten gemeinsamen Kontrolle der nationalen statistischen Ämter genutzt werden. Hier wären insbesondere die

Forschungsdatenzentren des Bundes und der Länder gefordert, sich mit Vorschlägen einzubringen.

- Achte Empfehlung: Mit der Nutzung der europäischen Statistik sind einige besondere Schwierigkeiten verbunden, von denen einige eingangs angesprochen wurden (Strukturbrüche durch Harmonisierung, Widersprüche bei der doppelten Erfassung von innergemeinschaftlichen Strömen und Beständen, usw.). Beim Umgang mit diesen Schwierigkeiten kann die Wissenschaft durchaus hilfreiche Beiträge leisten, indem sie diese Schwierigkeiten selbst zu einem Forschungsgegenstand macht. Auch hier könnten vom RatSWD wertvolle Impulse ausgehen.
- Neunte Empfehlung: Als Impulsgeber könnte der RatSWD auch fungieren, wenn es um die Bereitstellung von Daten über statistische Einheiten ohne eine eindeutige national Bindung geht, etwa um Multinationale Unternehmen (MNU). Das EuroGroups Register ist im Aufbau und ein Ziel könnte dabei auch sein, die Datenlage über MNUs so zu verbessern, dass sie einer systematischen empirischen Analyse unterzogen werden können.
- Zehnte Empfehlung: Abschließend sei nur noch darauf hingewiesen, dass die Wissenschaft nicht zuletzt aus eigenem Interesse die Statistikpolitik der Europäischen Kommission (Eurostat) aktiv unterstützen sollte. Erfolgreiche Harmonisierung, abgestimmte und vorausschauende Programmplanung, effiziente Erhebungs- und Verarbeitungsprozesse und umfassende Verbreitung der Ergebnisse verbessern generell auch die Arbeitsmöglichkeiten der Wissenschaft. Dies sollte jedoch nicht nur für den Kernbereich europäischer Zuständigkeiten und jene Bereiche, wo die Offene Methode der Koordinierung zur Anwendung kommt, gelten, sondern auch für rein nationale Bereiche. Die Erkenntnismöglichkeiten der empirischen Wissenschaft werden durch die Verfügbarkeit nicht nur zeit-, sondern auch von raumbezogenen bezogenen Daten bestimmt. Und gerade für die Verfügbarkeit letzterer Daten kommt der Europäischen Kommission (Eurostat) eine zentrale Bedeutung zu, deren Arbeit die Wissenschaft deshalb aktiv und wohlwollend unterstützen sollte.

Zusammenfassend sei noch einmal folgendes festgestellt und damit unterstrichen. Um die Datenlage für die Wirtschafts- und Sozialwissenschaften zu verbessern sollte sich der RatSWD erstens verstärkt europäisieren, also Kontakte mit Partnern in der Europäischen Union knüpfen. Denn Interessen lassen sich nur gemeinsam (auf der Grundlage von möglichst breiten Koalitionen) durchsetzen. Zweitens sollten die Forschungsdatenzentren von Bund und Ländern mit Partnern aus anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union

kooperieren, nicht zuletzt um damit den Elan, der mit ihrer Schaffung entstanden ist, aufrecht zu erhalten. Und drittens sollte die deutsche Wissenschaftspolitik (BMBF) auf europäischer Ebene für eine Politik werben, die sich um eine europaweite Verbesserung der Bereitstellung und Nutzung von Wirtschafts- und Sozialdaten bemüht.